



Newsletter vom 26. Januar 2025

Inhalt

Gute Bildung setzt konzentriertes Lernen voraus	2
23. Januar 2025, Hanspeter Amstutz	2
Die Faszination der Erleichterung	3
Condorcet Bildungsperspektiven, 14. Januar 2025, Christine Staehelin	3
Rettet unsere Schule!.....	6
Schweizerzeit, 17. Januar 2025, Hans Geiger	6
Eine öffentliche Schule nur für Mädchen ist diskriminierend	8
Tages-Anzeiger, 18. Januar 2025, Politik & Wirtschaft, Sabrina Bundi	8
«Männer – das schwache Geschlecht»	10
NZZ, 15. Januar 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief	10
Das Krisen-KV	10
NZZ, 20. Januar 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann	10
Es fehlt der Mut zur Ambivalenz.....	12
Condorcet Bildungsperspektiven, 19. Januar 2025, Alain Pichard	12
Kommentar	14
Michael Felten.....	14
Das ist die beste Schule im Kanton.....	15
Tages-Anzeiger, 22. Januar 2025, Zürich, Daniel Schneebeili und Urs Jaudas.....	15
Kinder fühlen sich nicht ausgegrenzt.....	18
Tages-Anzeiger, 23. Januar 2025, Forum, Leserbriefe	18
Schule in Dänikon-Hüttikon wird zwangsverwaltet	18
NZZ, 18. Januar 2025, Zürich und Region, Tobias Marti	18



Gute Bildung setzt konzentriertes Lernen voraus

23. Januar 2025, Hanspeter Amstutz

Künstliche Intelligenz verstärkt Träumereien vom Lernen ohne Anstrengung

Spielerisches Lernen bei kleinen Kindern, wo jede Anstrengung in die Freude des Spiels eingebettet ist, beeindruckt uns immer wieder. Es liegt auf der Hand, dass man diese Leichtigkeit des Lernens in der Schule weiterführen möchte. Doch Lernen ohne jede Anstrengung ist ein verführerischer Traum, der nicht erst seit dem KI-Boom für viel Verwirrung sorgt. Sicher entlasten uns heute technische Hilfsmittel bei vielen Routinearbeiten. So hat uns die Einführung des Taschenrechners von mühseligen Rechenarbeiten befreit. Das Schreiben am Bildschirm schafft Möglichkeiten des raschen Umformens von Sätzen, wie dies vor fünfzig Jahren noch völlig undenkbar war. Auf all diese Erleichterungen möchte niemand verzichten. Und nun kommt die künstliche Intelligenz und schafft es, einen Grossteil der Bürokorrespondenz in jeder Sprache gleich selbst zu formulieren. Das ist zweifellos beeindruckend. Wenn man weiss, dass sich mittels KI noch weitere Felder der Arbeitserleichterung öffnen, sehen viele bereits den Beginn eines neuen goldenen Zeitalters.

Eine zentrale Frage ist, wieweit die digitalen Umwälzungen die Pädagogik verändern. Fördert der Einsatz von KI das kritische Denken und die Persönlichkeitsbildung? Mehr Leistung im ökonomischen Sinn heisst noch lange nicht, dass ein Gewinn an Bildung vorhanden ist. Grundlegende Kenntnisse und Urteilskraft wachsen nur, wenn wir uns gründlich mit gewissen Aufgaben auseinandersetzen. Das Navi im Auto ist sicher praktisch, aber den Orientierungssinn fördert es nicht. Dafür braucht es Übungen mit Landeskarten und vielleicht sogar ein paar Orientierungsläufe in einfachem Gelände.

Nachhaltiges Lernen gleicht einer Bergtour und nicht einer Seilbahnfahrt

Wenn Regierungsrätin Steiner glaubt, KI werde die Schüler vom Auswendiglernen von Französischwörtern befreien, irrt sie sich. Zwar sollte man sich nicht einzelne Wörter, sondern zusammenhängende Sätze einprägen, aber ohne die Anstrengung des Memorierens ist der Lernfortschritt gering. Lernen bedeutet, sich Begriffe zu merken, die Fakten zu ordnen und eine Sache verstehen zu wollen. Das alles sind Leistungen, welche stark von einem guten Arbeitsverhalten abhängen.

Christine Staehelin ruft in ihrem Beitrag in Erinnerung, dass anstrengendes Lernen den Menschen formt und seine Freiheit fördert. Dieses Aneignen wesentlicher Bildungsinhalte verschafft uns die Souveränität, uns in einer kompliziert gewordenen Welt besser zurechtzufinden. Doch kein Weg führt an konzentriertem Lernen vorbei, wenn man etwas richtig verstehen will. Die Autorin sieht im Verstehen quasi die Belohnung für eine gründliche und gut begleitete Auseinandersetzung mit der Welt.

Lernen kann man mit einer Bergtour einer Schulklasse vergleichen. Alle haben ein lohnenswertes Ziel vor Augen. Unterwegs schwitzt man, überwindet steile Abschnitte im Vertrauen auf die eigene Leistungsfähigkeit und geniesst die Berglandschaft. Beglückend ist die Ankunft auf dem Gipfel, wo alle mit einer herrlichen Aussicht belohnt werden. Natürlich kann man auch die Seilbahn nehmen, um das Bergrestaurant zu erreichen. Aber eine Fahrt auf den Berg ist nicht das Gleiche wie eine mehrstündige Ausdauerleistung.

Sorgen über einen Leistungsabbau und den möglichen Verlust einer guten Schule

Die Sorge um die Leistungsqualität der Bildung finden sich in mehreren Presseberichten der vergangenen zwei Wochen. Ein gegen den Willen der meisten Lehrkräfte angekündigter Umbau der Allgemeinbildung an den Berufsfachschulen hat eine riesige Protestwelle ausgelöst. Man hat offensichtlich genug von Experimenten, die als fortschrittlich gelten, in Wirklichkeit aber zu einem Leistungsabbau führen. Der Ausgang dieser bildungspolitisch bedeutenden Auseinandersetzung ist noch völlig offen.



Viel Staub aufgewirbelt hat auch ein Bundesgerichtsurteil über eine von der Stadt Wil finanziell unterstützte private Sekundarschule für Mädchen. Die innovative Schule ist bekannt für ihr leistungsförderndes Lernklima, entsprechend wird sie von Anmeldungen überhäuft. Da aber ein Angebot für Knaben fehlt und die Schule vom Bundesgericht trotz ihrer gelebten Toleranz als religiös bekennend eingestuft wurde, hat das Bundesgericht die Subventionen der Stadt als unzulässig bezeichnet. Kein Kritikpunkt für das Bundesgericht war die etwas fragwürdige Praxis der Schule, auf die Aufnahme von Realschülerinnen zu verzichten. Die renommierte Schule dürfte es nun schwer haben, ihren Betrieb weiterführen zu können.

Ein Schulleiter mit herausfordernden Integrationsaufgaben spricht Klartext

Spannend ist der Bericht von Alain Pichard über eine hochkarätige Veranstaltung an der Universität Zürich zur schulischen Integration. Dogmatische und praxisnahe Positionen prallten da offensichtlich ziemlich unversöhnlich aufeinander. Lehrpersonen beklagten sich, bei den Leistungszielen erhebliche Abstriche machen zu müssen, wenn einzelne Schüler den Schulbetrieb immer wieder massiv stören. Es erstaunt schon, mit welcher Nonchalance diese Belastungen von den Integrationsbefürwortern kleingeredet wurden.

Nach einem bemerkenswerten Bericht im «Tagi» über eine erfolgreiche Primarschule in Schwamendingen dürften jedoch selbst die eingeschworenen Integrationsexperten in Erklärungsnot geraten sein. Im Beitrag über die «beste Schule im Kanton Zürich» schildert Daniel Schneebeli erfolgreiche Integrationsmassnahmen in einer von Ausländerkindern geprägten Umgebung. Im Gespräch mit dem engagierten Schulleiter weist dieser darauf hin, dass leider immer wieder nicht integrierbare Schüler die Schule verlassen mussten. Wo diese Schüler ihre Schullaufbahn fortsetzen konnten, wird nicht erwähnt. Da es offiziell keine Kleinklassen in der Stadt Zürich gibt, liegt die Vermutung nahe, dass sie in einem teuren Sonderschulheim platziert wurden.

Weitere Themen in unserem Newsletter sind der Mangel an Lehrern in der Primarschule und ein Schulstreit über altersdurchmisches Lernen in einer Gemeinde des Zürcher Unterlands. Auf Sie, liebe Leserinnen und Leser, wartet eine ganze Reihe spannender Texte.

Die Faszination der Erleichterung

Condorcet Bildungsperspektiven, 14. Januar 2025, Christine Staehelin

KI in der Schule • Condorcet-Autorin Christine Staehelin warnt vor den teilweise erschütternden Konklusionen, welche Bildungspolitiker von sich geben, wenn sie über die Bedeutung der KI für die Schule sprechen. Und sie fragt sich, wie die sinn-, leidenschafts-, anstrengungs- und belastungsbefreite Schule wohl einst aussehen mag.

«Wir können nicht ständig nach Digitalisierung schreien [...] und dann verlangen, dass die Kinder genau wissen, wie man jedes Wort richtig schreibt», meint die Zürcher Regierungsrätin Silvia Steiner, Präsidentin der EDK, im Interview mit der NZZ¹ und führt weiter aus: «Es geht nicht mehr darum, stur Vokabeln zu lernen, sondern vielmehr darum, ein Gespür für die Sprache zu entwickeln oder zu beurteilen, ob etwas richtig oder falsch ist, was mir ein Computerprogramm übersetzt.»

Rechtschreibregeln und französische Vokabeln zu kennen, bedeutet, sich etwas anzueignen und damit zu eigen zu machen. Das Aussen wird ein Teil des Innen. Nun könnte man natürlich anmerken, dass dies für den Einzelnen mehr oder weniger bedeutsam sein kann und dass die persönlichen Interessen vielleicht nicht gerade bei den französischen Vokabeln und bei der Rechtschreibung liegen mögen. Doch beide Inhalte haben unmittelbar etwas mit den anderen zu tun, nämlich mit der

¹ <https://www.nzz.ch/schweiz/die-oberste-bildungsdirektorin-ueber-die-corona-krise-ich-habe-immer-wieder-beim-bundesrat-intervenierte-ld.1863072>



Möglichkeit, sich zu verständigen und sich zu verstehen. Die Rechtschreibung schafft jene Ordnung, die es uns ermöglicht, uns nicht in erster Linie mit dem Entziffern von Texten zu beschäftigen, sondern mit deren Inhalt. Und die Kenntnisse anderer Sprachen ermöglichen es uns, uns unmittelbar mit anderen zu verständigen, ohne dabei auf ein Übersetzungsprogramm angewiesen zu sein.

Das Mühselige umschiffen

Die Faszination der Erleichterung – was auch immer damit gemeint sein mag – des eigenen Lernens und Lebens, die Begeisterung für jene KI-Anwendungen, die uns vor Anstrengendem bewahren, zeigt sich auch in den Äusserungen von Léa Steinecker², Co-Autorin von «Alles überall auf einmal», wenn sie erklärt, dass wir in Zukunft möglicherweise jeden Morgen als Erstes unsere Biomarker erheben können, die uns dann über unseren Gesundheitszustand informieren und uns erklären, welche Nahrungs- und Nahrungsergänzungsmittel und welche Getränke wir heute am besten zu uns nehmen sollten. Eine KI, die den Tag plant, die Agenda managt, Prioritäten setzt, Mails schreibt, unwichtige Meetings absagt und uns die Kommunikation mit unserem Haustier ermöglicht – ob wir nun hören wollen, was der Hamster zu sagen hat, oder nicht. Kurz: Die KI kümmert sich um uns, insbesondere um jene Belange unseres Lebens, die wir als mühselig erachten.

Die Äusserungen über den überflüssigen Aufwand, Vokabeln und Rechtschreibregeln zu lernen, einerseits, und die künftigen Möglichkeiten, welche die KI hat, um uns im Alltag von als mühselig empfundenen Aufgaben und Entscheidungen zu entlasten, andererseits, mögen auf den ersten Blick keinen grundlegenden Zusammenhang aufweisen. Doch was sie m.E. verbindet, ist die Tatsache, dass der Mensch offenbar nach Entlastung strebt, nach Befreiung von der Mühseligkeit des täglichen Daseins in einer Welt, die uns als zu komplex, zu anspruchsvoll und zu widersprüchlich erscheint; von der Anstrengung des Lernens und Verstehens des bis dahin Unverständlichen; von den Ansprüchen der körperlichen Existenz und den damit einhergehenden Beschwerden, um die wir uns auch noch kümmern müssen, und von der ungewollten Beanspruchung durch andere und deren Perspektiven, die unsere eigene Meinung und Auslegung womöglich nur irritieren wollen.

Die grosse Entscheidungsabnehmerin

Oder wie anders liesse sich die Euphorie erklären, welche den heutigen und zukünftigen Möglichkeiten der KI entgegengebracht wird? Welche utopischen Zustände werden denn angestrebt? Wie sollen diese aussehen, darf man da fragen. Bräuchte es folglich eine einzige Superintelligenz, die für uns alle gleichmässig berechnet, wie ein angenehmes und sinnvolles Leben für uns alle aussehen muss? Die uns alle Entscheidungen abnimmt, damit wir uns weder um uns selbst noch um die anderen noch um die Welt kümmern müssen?

Jede Utopie klammert das Widersprüchliche aus. Selbst dann, wenn wir uns nicht einmal vergegenwärtigen, welche es denn angesichts der Möglichkeiten der KI und all ihrer möglichen dystopischen Auswirkungen überhaupt sein soll. Eine Utopie gibt vor, eine ideale Welt für alle schaffen zu können, entscheidet damit aber auch, was wahr, richtig und gut für alle ist. Aber: Die Auswirkungen der Berechnungen einer Superintelligenz für ein angenehmes Leben ohne Anstrengung und Widerstände, ohne Angst und Sorge für jeden Einzelnen und für alle aufgrund ihrer Alleinherrschaft hätten möglicherweise fatale Folgen, die wir uns gar nicht vorstellen können. Denn wir zahlen dafür grundsätzlich den Preis der Freiheit und damit der Mündigkeit und der Pluralität – gemäss Hannah Arendt die Tatsache, dass wir zwar alle Menschen sind, aber kein Mensch je einem anderen gleicht –, denn alles wäre schon entschieden.

Sind die Ausführungen überrissen? Müssen sie ins Reich der Fantasie abgeschoben werden? Sie stellen den Versuch dar, die denkbaren Auswirkungen der durchaus wahrnehmbaren Begeisterung für die Möglichkeiten der KI zugunsten einer Entlastung der Menschheit – zumindest jenes Teils,

² <https://www.srf.ch/play/tv/sternstunde-philosophie/video/zukunft-mit-ki—was-bleibt-vom-menschsein-uebrig?urn=urn:srf:video:f24d3435-3aba-4f80-84c1-9637f1a49926>



der sie aus persönlicher Einschätzung heraus als gewinnbringend nutzen kann und möglicherweise auf Kosten aller anderen – von allem Beschwerlichen aufzuzeigen.

Die Faszination für die Abgabe der Freiheit

Es besteht eine Faszination für die freiwillige Abgabe der eigenen Entscheidung und für die unaufgeforderte Unterordnung, für die Berechenbarkeit der eigenen Bedürfnisse und jener der anderen, für die Abgabe der Freiheit und damit auch der Verantwortung an eine anorganische, selbstlernende und damit unberechenbare und möglicherweise höchst manipulative, jedenfalls der Wahrheit und dem Guten nicht zugänglichen Instanz, die tatsächlich vorhanden, aber dennoch nur schwerlich nachvollziehbar ist. Damit trauen wir letztlich Maschinen zu – entgegengesetzt zu ihren tatsächlichen Möglichkeiten – bessere Entscheidungen zu fällen, als dies uns Menschen möglich ist.

Öffentlich Gesagtes wie jenes von Silvia Steiner und Léa Steinacker impliziert auch ein Bild vom menschlichen Dasein. Und trägt damit auch die grossen Fragen mit sich nach dem Sinn des Lebens und der eigenen Existenz, nach dem Guten und dem Richtigen, nach der Wahrheit, der Freiheit und der Gerechtigkeit, nach der Gestaltung unserer geteilten Welt und insbesondere auch nach der Bedeutung der Leiblichkeit angesichts jener anorganischen Existenz der KI, welche uns gegenübergestellt, teilweise gleichgestellt und manchmal sogar als überlegen dargestellt wird.

Es ist interessant, sich vorzustellen, dass die KI uns vom Arbeiten, Herstellen, Handeln – jenen drei von Hannah Arendt beschriebenen Grundtätigkeiten des Menschen – und vom Denken entlasten könnte, und ein Teil der Faszination für diese liegt möglicherweise genau darin. Neben der schon oben erwähnten grundsätzlichen Frage, warum diese Entlastung als erstrebenswert angesehen wird, stellt sich eine weitere: Was sollen menschliche Wesen tun, wenn die KI als anorganische Entität ihre Tätigkeiten übernimmt? Wenn Roboter für das Arbeiten und Herstellen zuständig werden? Wenn Algorithmen entscheiden und der KI möglicherweise längerfristig gar die Möglichkeit des Denkens und des Bewusstseins zugestanden wird?

Welche Bedeutung haben diese Ausführungen nun in Bezug auf die Bildung, insbesondere auf die schulische Bildung? Alle Tätigkeiten des Menschen und auch das Denken verwirklichen sich letztlich mittels seiner Leiblichkeit. Das Wissen, die Fähigkeiten, die Entscheidungen, die Empfindungen, das Glück, das Leid u.v.m. realisieren sich im konkreten Dasein des einzelnen Wesens, indem sie es durchdringen, und haben immer etwas zu tun mit seinem Bezug zur Welt und zu den anderen.

Diese Bezüge werden in einem Klassenzimmer geschaffen. Das ist m.E. auch der Sinn der Schule. Die Vermittlung von Kultur, Tradition und Wissen ist kein Abstraktum, sondern erfährt ihren Sinn dadurch, dass Lehrerinnen und Lehrer, welche diese selbst verinnerlicht haben und leidenschaftlich dafür einstehen, es als sinnvoll erachten, diese weiterzugeben. Dass dies im Kollektiv geschieht, dass hier ganz unterschiedliche junge Menschen aufeinandertreffen, die sich nicht ausgesucht haben, erfährt seinen Sinn dadurch, dass wir die Unterschiede erfahren und gleichzeitig lernen, wie wir mit dieser Unterschiedlichkeit umgehen, dass wir erkennen, was uns verbindet und was uns trennt.

Die Sinnfrage und das menschliche Gegenüber

Dieses Lernen, dieses Aneignen von Welt, dieses Herstellen von Verbindung zu anderen, kann als anstrengend, leidvoll oder beglückend erlebt werden, es steht jedenfalls immer in Verbindung zu unserer Leiblichkeit. Warum ist das wichtig? Weil kein adaptives Lernprogramm, keine automatisierte Bewertung, keine interaktiven Lernmaterialien, keine Übersetzungsprogramme, keine Lernanalyse und kein KI-generiertes Feedback die Sinnfrage in sich trägt und weil sie keine menschlichen Gegenüber ersetzen können, die ermutigen, nachfragen, Bedeutung vermitteln und Erwartungen formulieren; die davon überzeugt sind, dass es sinnvoll ist, Weltzugänge und Zugänge zu den anderen zu schaffen.

Diese Formen der Verinnerlichung sind immer mit Anstrengung verbunden, das Verstehen ist quasi die Belohnung dafür und eröffnet wiederum neue Zugänge. Darum ist es so fragwürdig, wenn im



Zusammenhang mit den Möglichkeiten der KI im Allgemeinen, aber insbesondere auch im schulischen Bereich, die Entlastungsmöglichkeiten für den Menschen als erstrebenswert erachtet werden – die Befreiung von dieser Mühsal des Lernens und Verstehens, aber auch des Vermittelns und Beurteilens. Es bleibt die Frage, wie die sinn-, leidenschafts-, anstrengungs- und belastungsbefreite Schule aussehen wird, was wir damit der künftigen Generation zumuten und wie die Schule dann noch ihre Existenzberechtigung legitimiert.

Rettet unsere Schule!

Schweizerzeit, 17. Januar 2025, Hans Geiger

Heute ist der Tag für eine kritische Würdigung unseres Bildungs- und Schulwesens. Heute, am 17. Januar 2025, steht die Schule vor dem höchsten Schweizer Gericht. Zum Fall der Mädchensekundarschule St. Katharina in Wil SG «Kathi» findet eine öffentliche Beratung statt, was auf die Bedeutung des Themas hinweist.

Vor das Bundesgericht wurde «Kathi» von Politikern der Grünen gezerzt, denen die erfolgreiche Schule zuwider ist: Die Identifikation der Schule mit dem Christentum sei problematisch, die private Trägerschaft sei des Teufels, die Geschlechtertrennung unzumutbar. Am meisten stört die Grünen wohl der Bildungserfolg der Schule. Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter hat die «Kathi» absolviert. So war es diese Woche in der NZZ zu lesen. Der damalige Justizminister Kurt Furgler frequentierte in der Stadt St. Gallen die im katholischen Humus verankerte Sekundarschule «Flade».

Das Bildungssystem: Erfolgsfaktor der Schweiz

Das schweizerische Schul- und Bildungssystem ist ein zentraler Erfolgsfaktor der Schweiz, um den uns viele Länder beneiden. Trotz dieses Erfolgs bildet es seit Jahrzehnten ein Tummelfeld und Versuchslabor für unzählige, oft widersinnige Reformen, für die kaum triftige Gründe genannt werden. Reform reiht sich an Reform, um der Reform willen. Im Grundsatz geht es meist um hehre, linke und grüne Wunschträume der Weltverbesserung und um die Durchsetzung der eigenen gesellschaftlichen Utopien.

Das Bildungssystem der Schweiz ist dual, und damit weltweit ziemlich einmalig. Bis vor einigen Jahrzehnten galt auch bei uns, dass ein Schüler am Ende der Mittelstufe im Alter von fünfzehn Jahren vor dem Entscheid stand, «entweder studieren oder arbeiten». Im heutigen dualen System gilt, dass, was auch immer die Jugendlichen im Alter von fünfzehn Jahren entscheiden, nicht ausschliesst, in Zukunft einen anderen Weg einzuschlagen. Wer eine Lehre als Bauzeichner absolviert, kann immer noch an der ETH ein Architekturstudium abschliessen. Wer ein Wirtschaftsstudium mit «summa cum laude» abschliesst, kann immer noch Lokomotivführer werden.

Kauffrau ohne Buchhaltung

Der Reformwahn beschränkt sich nicht auf die Volksschule, er hat auch Berufsfachschulen ergriffen. Dort sollen ab 2026 keine Abschlussprüfungen des allgemeinen Unterrichts mehr stattfinden. Mindestens sind das die Absichten des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation. Die Prüfungen werden durch eine Abschlussarbeit ersetzt, die dann auch gleich von ChatGPT geschrieben werden kann. Immerhin regt sich Widerstand bei Fachleuten, Kantonen und Parteien. FDP-Präsident Thierry Burkart will das Unheil mit einer Motion abwenden. Für ihn ist die geplante Abschaffung der Prüfung «das neuste Kapitel in einer tragischen Serie von gescheiterten Bildungsreformen der letzten zwanzig Jahre».

Als alter Bankbuchhalter ist für mich die Entwicklung im Fachgebiet Rechnungswesen besonders schmerzhaft: In der neuen KV-Ausbildung werden keine «Fächer» mehr unterrichtet. Der Unter-



richt findet in den «Handlungskompetenzbereichen» statt. Das Rechnungswesen hat in der Grundbildung nur noch eine untergeordnete Bedeutung. An der Abschlussprüfung soll das Rechnungswesen keine Rolle mehr spielen oder bestenfalls noch eine marginale. Zum beruflichen Weltbild des Kaufmanns (oder der Kauffrau) gehört doch, dass jede Geschäftstransaktion zweimal mit dem gleichen Betrag verbucht werden muss – einmal links, einmal rechts. Man muss dann bloss noch entscheiden, ob die entsprechenden Konten zur Erfolgsrechnung oder zur Bilanz gehören.

Die Volksschule in Gefahr

In den Pisa-Studien der OECD wird die Schulleistung von fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schülern in rund achtzig Ländern im dreijährigen Turnus gemessen, letztmals 2022. Die Resultate der Schweizer Schüler lassen sich zahlenmässig sehen. In Mathematik belegten sie Rang sieben von 81, in den Naturwissenschaften Rang zehn, beim Lesen erreichten sie die Top dreissig. Im Vergleich zu unseren vier grossen Nachbarländern schneiden die Schweizer Schüler besser ab. Im Vergleich zum Jahr 2015 verzeichnen alle drei Bereiche aber Rückgänge, ausgeprägt bei Mathematik und Lesen.

Diese Zahlen scheinen nicht für einen Niedergang zu sprechen, sie sagen aber mehr über die Schwächen anderer Länder als über die Stärken der Schweizer Volksschulen. 2022 war jeder vierte Schüler im Alter von fünfzehn Jahren leseschwach, in Mathematik erreichten knapp zwanzig Prozent der Schüler die von der OECD beschriebenen Mindestkompetenzen nicht. Im Kernbereich Mathematik belegen ausschliesslich asiatische Länder die Spitzenpositionen vor der Schweiz.

Was ist zu tun?

Die aktuelle Aufgabenliste für unsere Schulen umfasst folgende Themen:

- Der integrative Unterricht ist gescheitert: Handicapierte, lernschwache und verhaltensauffällige Schüler in den Normalklassen führen zu Über- und Unterforderung der Schülerinnen und Schüler wie auch der Lehrer.
- Schule heisst Lernen und Leisten. Bei vielen politischen Forderungen geht es nicht um eine verbesserte Schulbildung, sondern um tiefere Leistungsanforderungen.
- Eine Schule ohne Prüfungen und ohne Noten führt zu einem schlechteren Leistungsniveau: Die Qualität sinkt. Vielleicht werden damit alle gleich, gleich schlecht.
- Der Ruf nach «Kompetenzen statt Wissen» ist falsch. Richtig ist «Kompetent durch Wissen».
- Am Anfang steht die Konzentration auf das Wesentliche: Rechnen, Lesen, Schreiben. Das Weitere, vor allem gemäss Pisa «Naturwissenschaften», baut darauf auf. Für den grossen Schweizer Pädagogen Heinrich Pestalozzi (1746 – 1827) bestand die Elementarbildung in Sprache, Schreiben, Rechnen, Gesang und Zeichnen. Daraus folgt die Fähigkeit zum abstrakten Urteilsvermögen.
- Sicher gehört heute auch der Sport zu den Grundaufgaben der Schule.

Lehrerinnen und Lehrer

Entscheidend für den Erfolg der Schule und damit des Landes sind die Lehrerinnen und Lehrer. Ihre Auswahl, Ausbildung und Förderung sind besonders zu pflegen. Von ihnen hängt fast alles ab. Heute sehen sich Lehrer oft als Teil des Teams mit ihren Schülern. Das ist falsch. Sie sollen nicht Begleiter sein, sondern Autoritätspersonen – wie Orchesterdirigenten und Schiffskapitäne. Wenn wir zurückblicken auf unser Leben, erinnern wir uns an die starken und grossen Lehrerinnen und Lehrer, nicht an die netten.

Zur Pflege der Lehrerschaft gehört, dass wir unsere Lehrerinnen und Lehrer von der wachsenden und ausufernden Bürokratie entlasten. Der «Lehrplan 21» des Kantons Zürich für die Volksschule



umfasst fünfhundert Seiten. Der Lehrplan sollte die Lehrerinnen und Lehrer nicht von ihren Schülern und ihrem Unterricht fernhalten. Sonst wird er schnell zum «Leerplan».

Heinrich Pestalozzi sah neben der Schule und den Lehrern eine bedeutende Rolle bei der Elementarbildung in der Familie, wo diese Bildung schon vor dem Schuleintritt beginnen müsse. Aber das wäre eine andere Geschichte.

Publiziert von Hans Geiger

Hans Geiger ist em. Professor für Bankwesen, wohnhaft in Weiningen ZH.

Eine öffentliche Schule nur für Mädchen ist diskriminierend

Tages-Anzeiger, 18. Januar 2025, Politik & Wirtschaft, Sabrina Bundi

Verhandlung im Fall «Kathi» • Das Bundesgericht hat bezüglich der katholischen Mädchenschule St. Katharina in Wil, die Karin Keller-Sutter einst besuchte, entschieden: Eine mit Steuergeldern finanzierte Schule darf weder Geschlechter noch Religionen diskriminieren.

Wenn öffentliche Schulen nur Mädchen oder Jungen zulassen, ist das laut Bundesgericht diskriminierend. Und sie verletzen die religiöse Neutralität, wenn sie zu stark auf eine Religion fokussiert sind. Zu diesem Urteil kommt das Bundesgericht nach einer öffentlichen Verhandlung im Fall «Kathi» - der katholischen Mädchenschule St. Katharina in Wil. Diese besuchte seinerzeit auch die heutige Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Bereits seit den 90er-Jahren ist die traditionsreiche Schule politisch umstritten. Seit 2016 wird der Streit vor Gericht ausgetragen.

Beschwerdeführer ist Stefan Koller, Mitglied des Stadtparlaments, gemeinsam mit den Grünen. Sie kritisieren, das Kathi sei geschlechterdiskriminierend, da es Knaben ausschliesst. Und dem katholischen Kathi fehle die religiöse Neutralität. Eine öffentliche Schule müsse allen zugänglich sein. Zwar ist das Kathi eine Privatschule, aber es führt im Auftrag der Stadt einen Bildungsauftrag aus. Die Gegenseite um die Mitte und die SVP sowie um die Stiftung der Schule St. Katharina stellt sich auf den Standpunkt, die Schule sei ein Erfolgsmodell und – da freiwillig - nicht diskriminierend, weil sie niemanden zwingt, hier in die Schule zu gehen.

Die Argumente im Gerichtssaal

Bundesrichterin Marianne Rytter unterstützte Kollers Beschwerde und schlug dem Richtergrremium vor, sie gutzuheissen. Der Unterricht am Kathi mit seinen christlichen Werten sei mit so vielen christlichen Handlungen durchdrungen, dass die Mädchen fast ganz dem Unterricht fernbleiben müssten, wenn sie sich jeglichen religiösen Aktivitäten entziehen möchten. Die öffentliche Schule habe aber dazu beizutragen, dass die Kinder unterschiedlicher Herkunft gemeinsam zu Toleranz erzogen würden.

Die Schülerinnen am Kathi würden zwar nicht zum katholischen Glauben gedrängt, aber stark dahin gelenkt. Auch was die Diskriminierung betrifft, unterstützte sie Koller: Das Kathi sei nicht nur für Knaben diskriminierend, die kein gleiches Angebot hätten, sondern auch für einen Teil der Mädchen. Denn die Anzahl Schülerinnen am Kathi sei begrenzt und immer wieder entscheide das Los, welche Mädchen aus Wil das Kathi besuchen können.

Dagegenhielten die Bundesrichterin Julia Hänni und ihr Kollege Matthias Kradolfer. Sie argumentierten hauptsächlich mit der Freiwilligkeit: «Wer das Kathi besucht, hat sich dafür entschieden», sagte Kradolfer. Die Gemeinde zwingt niemanden, diese Schule zu besuchen. Verletzt werde die religiöse Neutralität erst, wenn ein Kind vom Staat dazu gezwungen werde, in eine religiöse Schule zu gehen. Das Kathi hingegen stehe Mädchen aller Religionen offen.



Die beiden Richter schlugen vor, die Beschwerde ans Kantonsgericht zurückzuweisen. Dieses solle abermals prüfen, welche Vor- und Nachteile eine reine Mädchenschule mit sich bringe. «Um heute ein Verbot auszusprechen, fehlen mir die Fakten. Wie ist beispielsweise die Maturitätsrate der Abgängerinnen?», fragte Matthias Kradolfer.

Eine lange Ära geht zu Ende

Armin Eugster, Präsident der Stiftung St. Katharina, ist vom Urteil überrascht: «Die 200-jährige Geschichte unserer Schule als Mädchenschule ist heute beendet worden.» Der Stiftungsrat werde nun das schriftliche Urteil des Bundesgerichts analysieren und alternative Schulkonzepte prüfen. Denn «nach wie vor ist die Nachfrage nach unserem Angebot gross». Auch der Beschwerdeführer Sebastian Koller macht trotz Sieg keine Freudensprünge. Zwar sei er froh, dass nach neun Jahren vor Gericht ein Urteil gefällt worden sei, das seinem Anliegen zustimme. Aber, so Koller: «Es ist ein herber Schlag für viele Schulen.»

Es ist bereits das zweite Mal, dass sich das Bundesgericht mit dem Kathi befasst. In der von Dominicanerinnen gegründeten katholischen Mädchensekundarschule werden seit über 200 Jahren die «Töchter» von Wil und Umgebung, wie sie noch zu Beginn genannt wurden, unterrichtet. Das Angebot wird heute noch rege genutzt. Die Klassen sind oft voll. Rund 150 Mädchen gehen hier zur Schule. Die allermeisten aus Wil. Was dazu führt, dass in den Wiler Regelklassen oft ein Geschlechterungleichgewicht mit Bubenüberschuss herrscht. Der Wiler Stadtparlamentarier Stefan Koller verbrachte beispielsweise seine Sekundarschulzeit in einer reinen Bubenklasse.

Nun beanstandet er verschiedene aus seiner Sicht kritische Punkte.

- Erstens: Das Kathi sei geschlechterdiskriminierend, da den Buben ein Besuch verwehrt bleibe. Das Grundschulangebot für Mädchen sei vielfältiger und attraktiver.
- Zweitens: Das Kathi erfülle die religiöse Neutralität nicht, zu der es als öffentliche Schule verpflichtet sei. Es setze katholische Akzente im Schulalltag.
- Drittens: Er bezweifelt, dass die Gemeinde Wil über eine genügende gesetzliche Grundlage verfügt, um einen Bildungsauftrag an eine private Schule zu übergeben.
- Viertens: Wil verletze den Grundsatz der Gleichbehandlung von Konkurrenten, indem es dem Kathi exklusive Privilegien einräume.

Kantonsgericht wies Beschwerde ab

Das Verwaltungsgericht St. Gallen wies in seinem Urteil vom April 2022 alle Beschwerdepunkte ab. Es stehe jedem offen, ein äquivalentes Angebot für Buben zu schaffen. Auch verletze das Kathi die religiöse Neutralität nicht, da es Mädchen aller Religionen offenstehe und sie auch nicht dazu verpflichte, an den religiösen Aktivitäten und Ritualen teilzunehmen. Sie dürften ohne förmliche Dispens fernbleiben. Im Übrigen sei eine Übertragung des Schulauftrags an Private zulässig. Auch die Wirtschaftsfreiheit werde nicht verletzt.

Während die Gerichte über die Ausrichtung des Kathi urteilten, beschäftigte sich die Regionalpolitik mit dem Vertrag zwischen Kathi und Wil. Schule und Stadtrat erarbeiteten einen Vertragsentwurf, der vorsah, das Kathi auch für Realschülerinnen und in einem zweiten Schritt für Buben zu öffnen. Doch das Stadtparlament lehnte die Pläne kürzlich knapp ab.

Die Grünen, die SP und die FDP setzten sich gegen Mitte und SVP durch. Das finanzielle Risiko für Wil sei zu hoch. Die Stadt hätte die Räumlichkeiten für die Bubenklassen zur Verfügung stellen müssen - somit wäre eine doppelte Schulinfrastruktur erstellt worden, ohne zu wissen, ob das Bubenangebot auch genutzt würde. Damit stellte das Wiler Parlament die Kathi-Frage wieder zurück auf Feld 1. Das Bundesgericht ergänzt nun neue Spielregeln.



«Männer – das schwache Geschlecht»

NZZ, 15. Januar 2025, Meinung & Debatte, Leserbrief

Margit Osterloh bringt als Frau mutig einiges zur Sprache, was sonst nur hinter vorgehaltener Hand zu hören ist (NZZ 10. 1. 25). So hält sie fest, dass viele Buben mit den gegenwärtigen Lernstrategien nicht zurechtkommen.

Buben lieben das Experimentieren, erwarten Spannendes in den Geschichtsstunden und wollen über relevante Sachfragen diskutieren. Leider erfüllt der heutige Realienunterricht ihre Erwartungen nur zu einem kleinen Teil. Das Schwergewicht liegt mehr beim formalen und sozialen Lernen, und da sind Mädchen gleichaltrigen Buben voraus. Das frühe Lernen zweier Fremdsprachen ist nicht das, was Buben von einem attraktiven Bildungsprogramm erwarten.

Die «weibliche» Seite der Pädagogik ist als Folge der Absenz der Männer in der Primarschule stärker entwickelt worden. Frauen setzen andere pädagogische Akzente. Eine gepflegte Gesprächskultur im sozialen Bereich und eigenverantwortliches Lernen stehen im Vordergrund.

Buben jedoch sprechen besser an, wenn sie sich mit ihren Mitschülern fair messen können. Sie lieben Herausforderungen verschiedenster Art, wo sie ihre Kreativität und ihren Mut unter Beweis stellen können. Da sie jedoch meist weniger diszipliniert als Mädchen sind, benötigen sie eine souveräne Führung durch eine kompetente Klassenlehrperson.

Ob dies eine Lehrerin oder ein Lehrer ist, bleibt sekundär. Für die pädagogische Kultur unserer Volksschule jedoch ist es ein spürbarer Verlust, wenn kaum noch Männer in der Primarschule anzutreffen sind.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

Das Krisen-KV

NZZ, 20. Januar 2025, Schweiz, Sebastian Briellmann

Sinkendes Niveau, miserable Lehrmittel, verfilzte Strukturen – die beliebteste Berufslehre des Landes wird zum Sorgenkind

Die Angst war bei vielen Lehrern immer da, dass die KV-Reform ihr Arbeiten erschweren und die Schüler überfordern, dass das Niveau sinken werde. Und das in der beliebtesten Berufslehre der Schweiz: 13 000 junge Menschen beginnen jedes Jahr die Ausbildung. Seit eineinhalb Jahren ist das neue Regime nun implementiert, und Michael Pesaro sagt desillusioniert: «Es ist noch schlimmer gekommen, als wir befürchtet haben.»

Pesaro ist KV-Lehrer in Zürich und Vizepräsident des Zürcher Verbandes der Lehrkräfte in der Berufsbildung (ZLB). Pesaro ist einer der wenigen Lehrer, die öffentlich sprechen, was auch daran liegt, dass der ZLB durchaus als Hort des Widerstands gegen das grosse Schweigen im Schweizer Bildungswesen bezeichnet werden kann. Für Pesaro ist das neue KV-Konzept bereits jetzt gescheitert: «Dass Wissen heute als unnötig angesehen wird, alles über Kompetenzen laufen soll: Das halte ich für gefährlich. Ohne Wissen kommt man nirgends hin. Und kann schon gar nicht vernetzt denken – und dafür hat man ja die Reform gemacht.» Einen besonderen Anteil an der Misere hatten dabei die Lehrmittel, die seit der Reform verwendet werden. Sowohl das analoge als auch das digitale Material fällt bei kritischen Lehrern durch.

Auch Konrad Kuoni, Präsident des Zürcher Verbandes der Lehrkräfte in der Berufsbildung, sagt, dass es in Zürich mittlerweile die Anweisung gibt, «dass nahezu alle Unterrichtsunterlagen selber vorbereitet werden müssen». Weil die Lehrmittel nichts taugten. Obschon die Lehrer genau vor



diesem Szenario gewarnt haben. An diesem Beispiel zeigt sich, wie sehr das neue System krankt. Und woran. Das KV, einst Inbegriff der Schweizer Solidität, nun Schweizer Sorgenkind.

Ausfälle, Burnouts und anderes

Nicht nur in Zürich ist die Stimmung schlecht. Auch in St. Gallen, in der Bildung ein führender Kanton, gibt es viel Kritik aus dem kantonalen Verband. Das «St. Galler Tagblatt» berichtete von «kompletter Überforderung der Lernenden, Frustration und gesundheitlichen Problemen bei den Lehrpersonen». Schuld: die Lehrmittel. Der Leistungsabbau: «massiv». Das Material sei «derart schlecht», berichtete der Verband, dass es von den Lehrern neu erstellt werden müssen. Die Folge: eine deutliche Zunahme an krankheitsbedingten Ausfällen, Burnouts, Frühpensionierungen. Auch aus anderen Kantonen klagen viele Pädagogen, wollen sich aber öffentlich nicht äussern.

Wie konnte es zu dieser Qualitätserosion kommen? Die Lehrmittel sind vielleicht das physische Dokument des Versagens, aber die Grundproblematik geht tiefer. Das Unterrichtsmaterial wird beispielsweise vom SKV-Verlag hergestellt, dem hauseigenen Verlag des Kaufmännischen Verbandes. Über 6 Millionen Franken erhält er dafür jährlich – und dies, obschon eine Umfrage unter Lehrern zuvor ergeben hat: Das Lehrmittel schneidet miserabel ab, in den Kategorien Qualität, Vollständigkeit und Übersichtlichkeit im Schnitt jeweils mit Noten zwischen 2,5 und 3, wie die «Sonntags-Zeitung» im Oktober geschrieben hat. Und teurer als Produkte von anderen Verlagen ist es auch noch.

Nun gilt in der Schweiz für jede Schule die Lehrmittelfreiheit, aber es erstaunt schon, wenn alle dem KV angeschlossenen Standorte sich für Material entscheiden, das bei den Lehrern durchfällt. Dass der Dachverband auf die Rektoren direkt Einfluss nimmt, kann man nicht nachweisen: Aber es ist erwiesen, dass zumindest im Kanton Zürich dieser Entscheid gegen die Empfehlung der Praktiker gefällt wurde. Bei konkurrierenden Verlagen spricht man deshalb von einem «Monopol». Der Kaufmännische Verband sieht das anders. In der «Sonntags-Zeitung» teilte er, angesprochen auf das Verfahren, mit: «Weder der Kaufmännische Verband Schweiz noch die Sektionen haben Einfluss auf die Auswahl der Lehrmittel an den Schulen.»

«Praxis- und weltfremd»

Noch ein bisschen mehr geklüngelt wirkt es beim rein digitalen Lehrmittel fürs KV: Der Bund hat die private Firma Ectaveo mit der Reform beauftragt und 1,2 Millionen Franken beigesteuert (ohne Ausschreibung). Mit dem Resultat, dass die Firma Konvink, die zu Ectaveo gehört («irgendwie», wie es auf der Website kryptisch heisst), heute ein Monopol hat. Jeder Schüler, jede Lehrerin, jeder Auszubildner muss eine Lizenz lösen, um überhaupt auf die Lehrmittel zugreifen zu können. Bei den Lehrern zahlt das der Staat (140 Franken pro Jahr), beim Rest (Schüler, Auszubildner) die privaten Betriebe. Die Beträge unterscheiden sich je nach Ausbildungsweg, hochgerechnet kostet das Paket – mit mehreren Auszubildnern pro Lehrling gerechnet – viele hundert Franken. Ein Millionengeschäft. Auch Konvink hat sich nicht gegen Mitbewerber durchsetzen müssen.

Dass auch diese elektronische Plattform bei vielen Lehrern durchfällt: Wen überrascht das noch? Alain Pichard, der «bekannteste Lehrer der Schweiz» («Sonntags-Zeitung»), sagt, dass dieses Portfolio «praxisfremd und weltfremd» sei. Obschon die Berufe unterschiedlicher nicht sein könnten, bekommen alle einen Einheitsbrei serviert. Pichard fragt sich deshalb: «Was interessiert eine künftige Bankangestellte die Situationsschilderung einer Reisebüroarbeitenden?» Der KV-Lehrer Michael Pesaro nennt die Lernplattform «chaotisch», jeder Schüler und jeder Lehrer werde damit überfordert.

Dass bei der Beschaffung etwas nicht gut läuft, ist auch der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) und der Schweizerischen Berufsbildungsämter-Konferenz nicht verborgen geblieben. Vor zwei Jahren haben die beiden Koordinationsstellen deshalb ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Dieses liegt der NZZ vor. Der Auftrag war verbunden mit der



simplem Frage, «ob die Beschaffung von Lehrmedien für die Zwecke der Berufsbildung dem Vergaberecht untersteht und gegebenenfalls öffentlich auszuschreiben ist». Die Antwort, kurz zusammengefasst: Ja.

Auf Anfrage bestätigt die EDK, dass aufgrund dieses Gutachtens künftig nicht mehr nur die Player der «Arbeitswelt» (Kaufmännischer Verband, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Branchenvertreter) für die Lehrmittelbeschaffung verantwortlich sein werden. Auch, um diese Monopole aufzubrechen. Denn die Kantone tragen zwar alle Kosten, haben aber kein Mitspracherecht. Dass das wenig Sinn ergibt, ist klar. So schnell ändern wird sich aber nichts, da zuerst eine «Machbarkeitsstudie» erstellt werden muss.

Es ändert sich wohl nichts

Konrad Kuoni fühlt sich bestätigt: «Unsere scharfe Kritik an dieser Reform war offensichtlich richtig. Das Niveau ist gesunken, und die bestehende Praxis der Lehrmittelbeschaffung war erst noch rechtlich fragwürdig, wenn nicht in Teilen illegal.» Dass sich nun aufgrund dieses Gutachtens markant etwas ändere, glaubt er dennoch nicht: «Wenn Sie sehen, dass in allen Gremien immer wieder dieselben Personen verantwortlich sind: Dann zweifle ich daran, dass grosses Interesse an einer transparenten Neuausrichtung besteht. Der Filz ist stark ausgeprägt.» Tatsächlich finden sich in den Verbänden oft dieselben Player aus der Arbeitswelt. Auch die Kantone und der Bund nehmen meist Einsitz. Fast alle haben die KV-Reform gutgeheissen bis euphorisch unterstützt.

Ein Exempel, das diese Verquickung gut illustriert: Die Leiterin Bildung des KV sitzt auch im Vorstand der beiden Trägerinnen der kaufmännischen Grundbildungen, Bildung Kaufleute Schweiz und Interessengemeinschaft Kaufmännische Grundbildung Schweiz. Beide kümmern sich um die «Ausbildungsqualität» und die «Entwicklung». Die Trägerinnen haben etwa die «digitalen Lernmedien», die bei Konvink gekauft werden können, «entwickelt». Es verschmelzen die Kontrollorgane mit der Praxis. Hat da irgendjemand ernsthaftes Interesse an einer Veränderung?

Es fehlt der Mut zur Ambivalenz

Condorcet Bildungsperspektiven, 19. Januar 2025, Alain Pichard

Podiumsdiskussion an der UNI Zürich zur Integration • Die UZH Alumni Erziehungswissenschaft lud am Mittwoch, den 15. Januar, zu einem Podiumsgespräch ein, an dem die Frage der Integration mit Einblick in drei unterschiedliche Perspektiven diskutiert werden sollte.

Condorcet-Autor Alain Pichard war vor Ort.

Der Anlass begann mit einer klaren Ansage des Moderators. Dr. Lukas Höhener erklärte zu Beginn, dass die Integration nicht einfach ein Konzept sei, sondern auch einer Haltung bedürfe, und fügte hinzu: Die wissenschaftlichen Befunde seien ja klar! Damit gab er einen Steilpass zur ersten Referentin, Frau Prof. Dr. Elisabeth Moser Opitz, ihres Zeichens ordentliche Professorin für Sonderpädagogik an der Universität Zürich. Sie vertrat die Stimme der Wissenschaft und erwähnte folgerichtig viele Studien, welche bewiesen haben sollen, dass sich Integration in jeder Hinsicht bewähre.

Schüler und Schülerinnen, welche in einem integrativen Setting lernen konnten, würden im späteren Leben ein höheres Einkommen erzielen, hätten ein grösseres soziales Netzwerk und ein besseres Selbstkonzept. Ebenso zeigten diese Studien, dass auch die Mitschülerinnen und -schüler, welche keine Sonderschulung benötigten, nicht unter der Integration leiden, sondern sogar davon profitieren würden.

Separation, so die Uniprofessorin könne daher nicht die Lösung sein. Wichtig seien allerdings die Heilpädagoginnen, die mit ihrem Fachwissen eine unverzichtbare Voraussetzung für eine gelingende Integration darstellten. Mit deren Fachwissen könne man auch für einen Leistungszuwachs der Schülerinnen und Schüler mit einem besonderen Betreuungsbedarf sorgen. Ausserdem sei die



intensive Zusammenarbeit zwischen den Klassenlehrern und den Heilpädagoginnen enorm wichtig. Sie nannte zudem noch drei weitere wichtige Gelingensbedingungen:

- positive Feedbacks, die das Selbstwertgefühl steigern und zu weiteren Anstrengungen ermutigen würden.
- eine gute Klassenführung
- ein strukturierter Unterricht

Mit dem obligaten Hinweis auf «die Bereitstellung entsprechender Ressourcen» beendete sie ihr Kurzreferat.

Prof. Dr. Roland Reichenbach sorgte als zweiter Referent sofort für ein Raunen im zahlreich erschienenen Publikum: «Die Pädagogik hält nicht, was man sich von ihr verspricht», warnte er. Er sprach von einer Meta-Ethik, die Probleme erkenne und daraufhin einen frommen Diskurs vom Stapel reisse, der in einem normativen

Diskurs ende. Und genau diese normativen Fragestellungen warf er auch den zahlreich vorhandenen Studien vor. Es folge ein «Sein-Sollen-Fehlschluss» der apodiktisch geführt werde und quasi eine «Kopfnicker-Debatte» einfordere. Das habe zur Folge, dass man Reformen, wie die Integration, auch dann weiterführe, wenn ihre Umsetzung nicht funktioniere. Man habe keinen Mut zur Ambivalenz, die frohe Botschaft zähle. Urteilkraft und eine Erwägungskultur hätten in diesem Klima keinen Platz. Deshalb brauche es auch immer von allem mehr, mehr Geld, mehr Ressourcen, mehr Personal ohne Rücksicht auf gesamtökonomische Aspekte. Reformen scheiterten immer erfolgreich, sprich, auch wenn sie ihre Ziele nicht erreichen, würden sie nicht revidiert. Es gebe keinen Platz für den Sinn auf das Machbare, man verharre in einer sterilen Strukturdiskussion.

Dagmar Rösler, Präsidentin des LCH, sollte in ihren Ausführungen primär die Sicht aus der Praxis in die Diskussion einbringen. Sie startete allerdings mit einer generellen Betrachtung und wies grundsätzlich auf die steigenden Ansprüche an unser Schulsystem hin. Aus diesen Herausforderungen würden dann schnell einmal Überforderungen, vor allem wenn die Schule zunehmend auch Verantwortung für Aufgaben übernehmen sollte, die eigentlich in den Familien gelöst werden müssten. Zu diesen Herausforderungen gehöre auch der Umgang mit der zunehmenden Heterogenität. Die Schule allein könne dies nicht lösen. Die evidenzbasierte Bildungsforschung sei sehr wichtig, um die richtigen Entscheidungen zu treffen. So habe die Bildungsforschung gezeigt, dass die Schule mit einem Anteil von 25% schwieriger Schülerinnen und Schüler umgehen könne. Mehr gehe nicht. Aber mehr Investitionen in die Integration würden sich später auszahlen. Frau Rösler gab denn auch zu, dass sich die Klagen über die Schwierigkeiten mit der Integration häuften und man sich wirklich fragen müsse, wo die integrative Schule in Schieflage geraten sei.

Damit war die Diskussion eröffnet. Moderator Höhener konfrontierte Roland Reichenbach mit der wiederholten Behauptung, dass die Studienlage doch eindeutig sei und ob man da überhaupt gegen Integration sein könne. Es sei doch eine gesellschaftliche Aufgabe, allen Kindern eine möglichst gute Ausbildung zu bieten und ein Unterrichtssetting zu gewährleisten, dass es auch Kindern mit Beeinträchtigungen erlaube, gemeinsam mit den Normalbegabten zu lernen. Reichenbach zuckte mit den Achseln und antwortete vorerst nicht. Es entstand eine Lücke, die mit einem Gelächter des Publikums überbrückt wurde. Schliesslich erlöste Reichenbach den sichtlich verdutzten Moderator mit der Antwort: «Was soll ich auf so eine suggestive Frage antworten?» Die Fragestellung offenbare diesen grenzenlosen Moraldiskurs, der die gegenwärtige Debatte bestimme. Ethik sei keine Wissenschaft. Er warf den Studien noch einmal eine normative Fragestellung vor. In der Praxis seien die Befunde wesentlich ambivalenter. Pädagogik suche nicht nach der einen Wahrheit, sondern nach guten praxisorientierten Lösungen. Rösler fiel ihm ins Wort und fragte provokativ: «Sie meinen man solle mehr die Lehrkräfte in der Praxis fragen?» Reichenbach antwortete: «Zum Beispiel!», und erntete spontanen Szenenapplaus. Frau Moser-Opitz warf Reichenbach vor, er predige Beliebbarkeit, es brauche im Gegenteil konkrete Zielvorgaben, die sich auf Studien stützten. Sie erwähnte die Balestra-Studie, die klar die Vorteile der Integration aufzeige. An diesem Punkt erntete



sie Widerspruch aus dem Publikum. Ein Anwesender fragte, warum sie nicht die kritischen Aussagen der Balestra-Studie erwähnte, die ergaben, dass der Peer-Effekt negativ sei (die Schüler ohne Betreuungsbedarf würden Nachteile erfahren) und dass die Integration nur mit deutlich mehr Ressourcen funktionieren könne. Frau Moser-Opitz entschuldigte sich mit den Worten: «Ja, das stimmt, aber der negative Effekt ist nur minim!»

Frau Rösler erzählte von Erfahrungen aus ihrem Kanton mit kleinen Integrationsmodellen, die durchaus erfolgreich seien und warnte vor Sparmassnahmen. Sie beklagte auch, dass der Lehrkräftemangel nur vom LCH thematisiert werde und in der öffentlichen Debatte kaum vorkäme. Das sei sicher auch ein Problem, meinte Frau Moser-Opitz und bekräftigte noch einmal, wie wichtig gute Lehrpersonen, gute Schulleitungen und ein strukturierter Unterricht sei.

Man solle sich endlich einmal von der systemischen Frage lösen, meinte darauf Roland Reichenbach und wies auf die Unendlichkeit der Integrationsdebatte hin. Wer und was soll hier noch alles integriert werden? Wenn man jetzt auch noch die sozioökonomischen Aspekte in die Diskussion werfe, kenne das ganze keine Grenzen mehr. Es dominiere die «Good Intention» und das führe jeweils zu einem Heilsarmee-Diskurs. Hart ins Gericht ging er mit den Studien und der «evidenzbasierten Bildungspolitik». Sie geben vor, objektiv zu forschen, dabei seien die Fragestellungen fast unisono normativ und vom «guten Willen» durchsetzt. Die Forderung nach einer «evidenzbasierten Bildungspolitik» habe für ihn den Duktus der Allmachtsphantasie. Und er endete mit der Bemerkung: «Viele Leute glauben an die evidenzbasierte Bildungspolitik! Ich nicht!»

Kommentar

Michael Felten

Dank für den nüchternen Bericht – bei diesem heißen Thema!

Dummerweise gehört Prof. Reichenbach zu denjenigen Experten, die einen richtigen Riecher, aber etwas gegen Evidenzbasierung haben. Hätte er etwa die Analysen des Heilpädagogen Walcher gekannt, hätte er die Behauptung, die Studienlage sei eindeutig (positiv), mit Leichtigkeit vom Tisch wischen können. Tatsächlich sieht die Forschung den Nutzen inklusiver Beschulung uneindeutig bis skeptisch. So sind seitens der HfH angeführte Belege wenig belastbar, und kritische Studien werden dort einfach ausgeblendet.

Tatsächlich profitiert nur ein Teil der Förderschüler (die ‘leichteren’ Fälle) von inklusiver Beschulung, und ab Pubertät kommt es auch in Inklusionsklassen zu (innerer) Separierung. Es gibt durchaus gute Erfahrungen mit Gemeinsamem Lernen – nämlich dort, wo in Schulversuchen ständig eine sonderpädagogische Fachkraft mitarbeitete, und wo die Förderbedarfe der Kinder genau zu ihrer Expertise passten. Aber das kann und will niemand bezahlen.

Warum können Ideologinnen und Ideologen nicht akzeptieren, dass die UN gar nichts gegen Sonderschulen/Kleinklassen hat – es handelt sich doch um besondere zeitweilige Maßnahmen zu spezieller Förderung ([BRK](#) Art. 5.4)!?

Integrative Beschulung hat vielerorts viel Unruhe und Belastung geschaffen. Basel und Zürich suchen aktuell nach neuen Kompromissen. Otto Speck hat in «Dilemma Inklusion» (2019) für eine pragmatische Lösung plädiert, das “zwei-Säulen-Modell” (“dual-inklusiv denken”):

- > Regel- und Sonderschulen/-klassen bestehen lassen, aber zwischen ihnen hohe Durchlässigkeit gewährleisten
- > die Expertise der Regelschullehrer bzgl. Unterricht wie Förderung stark verbessern – um zu vermeiden, dass Kinder unnötig zur Sonderschule verwiesen werden
- > Inklusion nur an bestausgestatteten Schwerpunktschulen praktizieren
- > Förderklassen an Regelschulen („Campuslösung“, „temporäres Time-Out“) einrichten.



Das ist die beste Schule im Kanton

Tages-Anzeiger, 22. Januar 2025, Zürich, Daniel Schneebeli und Urs Jaudas

Bestnoten für Auzelg • Mit 91 Prozent Fremdsprachigen erhält die Schule in Schwamendingen von Bildungsexperten Bestnoten. Der Leiter und sein Team verraten ihr Erfolgsrezept.

Auf einer holprigen Wiese ohne Zaun jagt eine Horde Kinder einem Ball hinterher. Geschrei und Gelächter hallen über den Acker. In weitem Bogen zieht ein Flugzeug über die Kehrlichtverbrennungsanlage Hagenholz, auf der Autobahn rauscht der Pendlerverkehr.

Im Primarschulhaus Auzelg in Schwamendingen ist grosse Pause. Die Kinder haben viele verschiedene Hautfarben, viele Mädchen tragen ein Kopftuch. 91 Prozent der Auzelg-Kinder sprechen zu Hause kein Deutsch.

Nirgends im Kanton Zürich sind die Fremdsprachigen zahlreicher als hier. In den Reihenhäusern beim Schulhaus, die Grossfamilien mit drei oder mehr Kindern vorbehalten sind, wohnen hauptsächlich Migrantinnen und Migranten. In der Sprache von Bildungsexperten sind dies «bildungsferne Schichten».

Die Schwamendinger Schulpräsidentin Barbara Fotsch (SP) sagt denn auch: «An keinem anderen Ort haben wir nur annähernd so viele Kinder mit besonderem Förderbedarf wie im Schulhaus Auzelg.»

Umso erstaunlicher ist der 70-seitige Evaluationsbericht, den die Fachstelle für Schulbeurteilung im letzten Herbst über diese Schule veröffentlichte. «Äusserst wirkungsvoll» werde unterrichtet, «äusserst kompetent» sei die Schule geführt. Das Lernangebot sei «passgenau auf die individuellen Bedürfnisse» der Kinder abgestimmt, und die Eltern seien «sehr gut eingebunden». Letzteres überrascht speziell, denn erfahrungsgemäss nehmen die wenigsten bildungsfernen Eltern regelmässig am Schulleben teil.

Im Bericht erhält die Schule Auzelg in acht von neun bewerteten Bereichen die Höchstnote. Die Fachstelle für Schulbeurteilung ist für die Qualitätssicherung in den Zürcher Volksschulen zuständig und erstellt alle fünf Jahre einen Prüfbericht über jede Zürcher Schule.

Verantwortliche loben den Schulleiter

Auf Anfrage will sie den aktuellsten Bericht der Schule Auzelg nicht kommentieren. Gegenüber involvierten Personen haben die Prüfexperten aber erklärt, die Fachstelle habe bisher noch nie ein so gutes Zeugnis ausgestellt. Dies hat die Redaktion aus mehreren Quellen erfahren.

Für Schulpräsidentin Fotsch ist das Zeugnis keine Überraschung: «Das Auzelg hat einen ausgezeichneten Ruf.» Dem Team gelinge es, eine Brücke zur Bevölkerung zu schlagen. «Wenn im Quartier zu viel Abfall herumliegt, organisiert die Schule eine Aufräumaktion.»

Einen grossen Anteil am Erfolg schreibt Fotsch dem langjährigen Schulleiter Claudio Tamò zu. Seine Schule organisiert regelmässig Anlässe im Quartier: Veloflicktage, Feste mit Blasio-Hüpfburgen, Autogrammstunden mit den Rodriguez-Brüdern, den Ex-FCZlern, die in einem der Reihenhäuser aufgewachsen sind.

Auch der Vorsteher des Zürcher Schuldepartementes, Filippo Leutenegger (FDP), freut sich über das Glanzzeugnis. «Wir finden es eine super Geschichte und sind stolz, dass ausgerechnet hier die beste Schule des Kantons steht», sagt er. Seine Glückwünsche hat der Ex-TV-Chefredaktor persönlich im Auzelg vorbeigebracht und für das 60-köpfige Schulteam einen Besuch des Schweizer Fernsehens organisiert.

Religiöse Vielfalt als grösste Herausforderung

Auch für Leutenegger ist klar, die Schule hat ihren Ruf hauptsächlich Schulleiter Tamò zu verdanken: «Er schafft es, mit sanfter Hand und klarem Kurs ein Team zusammenzuhalten, das sich mit dem Quartier identifiziert.»



Claudio Tamò sind die Komplimente etwas unangenehm. Er betont, wie wichtig die Teamleistung sei. Zudem gebe es auch in seiner Schule Krisen: «Wir haben hier draussen keine heile Welt.»

Es gebe Spannungen im Quartier, in den Familien und dadurch auch in der Schule. «Wir haben leider immer wieder Kinder, die wir nicht halten können, die die Schule verlassen müssen.» Manchmal sei ein Zeichen nötig, um die «Anständigen zu schützen», sagt Tamò.

Immer mal wieder ordnet Tamò für einzelne Schüler ein Time-out an. Auch wenn dieses höchstens zwei Tage dauere, sei es für die meisten Kinder eine schwere Strafe. Denn ein Time-out schliesst sie vom so wichtigen Schulleben aus.

Der Schulleiter liebt die Vielfalt der Kinder und ihrer Familien, auch wenn sie ihn fast täglich herausfordert. Konfliktpotenzial steckt unter anderem in der religiösen Vielfalt. So weigerte sich ein Junge auf einem Ausflug, einem Mädchen in der Zweierkolonne die Hand zu geben.

Tamò nahm sofort mit der Mutter des Knaben Kontakt auf und erklärte, dass dies in der Schule Auzelg nicht gehe. Falls sie das nicht akzeptiere, könne sie ihren Sohn auf eine muslimische Schule schicken. Das wirkte. Der Junge gab den Mädchen fortan die Hand.

An den Stärken, nicht an den Schwächen orientieren

In einem anderen Fall beantragten die Eltern eines muslimischen Knaben einen Klassenwechsel, weil so der Besuch der Moschee am Freitagnachmittag möglich war. Die Schulleitung klärte zuerst ab, ob auch die Lehrperson damit einverstanden war, und bewilligte den Wechsel.

Solche Fälle kommuniziert der Schulleiter stets im Team und dokumentiert sie in einer Beispielsammlung. So kristallisierte sich eine gemeinsame Haltung heraus, mit der Toleranz im Alltag gelebt werden könne, begründet Claudio Tamò.

Neben Toleranz sind ihm weitere Werte wichtig. Wenn er neue Lehrpersonen einstelle, achte er etwa darauf, dass sich diese an den Stärken der Kinder und nicht an deren Schwächen orientierten. «Wer defizitorientiert arbeitet, wird mit unseren Schülerinnen und Schülern nicht glücklich.»

Im Schulhaus Auzelg ist die 10-Uhr-Pause vorüber. Claudio Tamò fährt mit seinem Velo vom Schulleiterbüro durchs Quartier hinüber zum Hauptschulhaus.

«Grüezi, Herr Tamò», rufen zwei Halbwüchsige, als er an ihnen vorbeifährt. Tamò grüsst die beiden Ehemaligen zurück. Er kennt praktisch alle Kinder in seiner Schule und erinnert sich an die meisten, die einmal da waren.

Claudio Tamò ist selber in Schwamendingen aufgewachsen und inzwischen 59-jährig. Seit 33 Jahren arbeitet er im Schulhaus Auzelg, erst als Lehrer, dann als Heilpädagoge und seit 18 Jahren als Schulleiter. «Je länger ich da bin und je mehr ich mitaufgebaut habe, desto schwerer fällt es mir, die Schule zu verlassen», sagt er.

Vor dem Schulhaus stehen Oumama, Myret und Yui. «Herr Tamò ist der beste Schulleiter und gibt uns im Klassenlager immer ein grosses Budget», teilt Sechstklässlerin Myret mit, ohne danach gefragt worden zu sein.

Im Singsaal spielt die Kinderband Ssassa orientalische Musik, das Publikum klatscht und tanzt mit. Es ist eine Überraschung aus dem Adventskalender, den das Auzelg-Team für die Kinder im Dezember stets organisiert. An einem Tag gibts Kuchen, an einem anderen «heissi Marroni» oder eben ein Konzert.

Ein eingeschworenes Team

Doch was ist Tamòs Geheimnis für die kantonale Bestnote? Neben der positiven Grundhaltung sei es vor allem die Konstanz. Im Auzelg ist der Anteil langjähriger Mitarbeiterinnen hoch. Wenn eine neue Lehrerin beginne, bleibe sie meist länger, so Tamò.

Lange geblieben ist etwa Co-Schulleiterin Hanna Bichsel, die derzeit im Mutterschaftsurlaub ist. Sie arbeitet seit Jahren als Klassenlehrerin und hat vor vier Jahren auch noch ein kleines Pensum in der Schulleitung übernommen.



Weil fast alle Kinder besondere Bedürfnisse hätten, sei es streng im Auzelg, aber es mache «unglaublich viel Freude». Hier könne man den Kindern noch etwas bieten. «Ein Ausflug in den Zoo ist für die meisten ein Grossereignis», sagt Bichsel bei ihrem Kurzbesuch in der Schule mit ihrem Kind auf dem Arm.

Tabea Willommet-Wiskin, die sich als Leiterin Betreuung voll im Team der Lehrpersonen integriert fühlt, lobt den «Teamspirit». Auch die ehemalige Kindergärtnerin ist schon 20 Jahre dabei.

Dieses Schulhaus ziehe Personen an, die gern mit Leidenschaft arbeiteten, vor Mehrarbeit nicht zurückschreckten und sich nicht nur als Vermittler von Schulstoff sähen. «Hier kündigt niemand, weil er eine neue Herausforderung braucht», sagt Willommet-Wiskin.

«Im Auzelg braucht es überdurchschnittliches Engagement, um den Alltag zu meistern», bestätigt Sandra Major, seit 21 Jahren Mittelstufenlehrerin im Schulhaus. Und dennoch denkt sie nicht daran, die Schule zu verlassen. «Bei uns ist niemand allein, alle stützen einander, wenns schwierig wird.»

Chancengerechtigkeit nicht möglich

Den Sprung ans Gymnasium schaffen aus dem Auzelg nur die wenigsten, und dennoch wurde die Schwamendinger Schule zur besten Schule gekürt. Claudio Tamò nennt dazu eine mögliche Begründung: «Vielleicht sind wir die Besten, weil wir ständig Rezepte für neue Herausforderungen suchen müssen.»

Die Schule Auzelg bekommt jährlich 40'000 Franken Fördergeld aus dem Quims-Programm (Qualität in multikulturellen Schulen). Doch das genügt nicht, um die Nachteile auszugleichen, mit denen die Kinder aus den bildungsfernen Familien zur Schule kommen.

Gemäss Bildungsforschung ist das mit einem so hohen Anteil an Fremdsprachigen auch mit den besten Fördermassnahmen nicht möglich.

Im kommenden Schuljahr wird die Schule Auzelg in eine Tagesschule umfunktioniert. Dann werden alle Kinder zwischen fünf und acht Stunden ununterbrochen da sein. Wird das ihre Bildungschancen erhöhen?

Claudio Tamò hofft es. De facto sei die Schule Auzelg aber schon seit 1993 eine Tagesschule mit Schulleitung, Mittagstisch und einem ausserschulischen Betreuungs- und Kursangebot, das von fast allen genutzt werde. Mit der Tagesschule werde dies einfach offiziell und obligatorisch.

Inzwischen ist in der Schule Auzelg die Weihnachtsruhe vorüber. Was hätte sich Schulleiter Tamò vom Christkind gewünscht, wenn er einen Wunsch offen gehabt hätte? Eine bessere Durchmischung in der Schülerschaft und ein neues Schulhaus, sagt er lachend.

Letzteres dürfte schwierig werden, das alte Schulhaus steht unter Denkmalschutz. Ein neues Schulhaus werde frühestens in zehn Jahren gebaut, teilt das Schuldepartement von Filippo Leutenegger auf Anfrage mit. Es laufe aber eine Evaluation für einen neuen Schulstandort. Wichtig sei einfach, dass das Schulhaus ein «wichtiger Anker» im Quartier bleibe.

Abschied von Daniel Schneeбели

Mit diesem Artikel verabschiedet sich Daniel Schneeбели nach fast 30 Jahren in die Frühpen-sion. Als Autor hat er über die kantonale Politik geschrieben und vor allem die Berichterstattung über das kantonale und städtische Bildungssystem geprägt. Wir bedanken uns bei ihm und wünschen alles Gute im neuen Lebensabschnitt. (red)



Kinder fühlen sich nicht ausgegrenzt

Tages-Anzeiger, 23. Januar 2025, Forum, Leserbriefe

«*Tages-Anzeiger*» vom 20.1. «*Inklusion ist für alle Kinder gut*»

An die einseitige Haltung, wonach Integration gut und Separation schlecht sei, halten sich nicht einmal die Verfechter der integrativen Schule. Das Leben spielt sich im polaren Spannungsverhältnis zwischen Integration und Separation ab. Das trifft auch auf die integrative Schule zu. Denn die Schüler, welche dem Unterricht nicht zu folgen vermögen, werden immer wieder für eine individuelle Förderung aus den Schulklassen entfernt. Das ist Separation - und für das Rollenverständnis dieser Kinder nicht unbedingt positiv. In einer Sonderklasse fühlen sich lernbehinderte und verhaltensauffällige Schüler hingegen keineswegs ausgegrenzt, sondern dazugehörig. Sie sind im überschaubaren Rahmen integriert, haben Erfolgserlebnisse und gehen deshalb wieder gern zur Schule. Allerdings sind an Lehrkräfte von Sonderklassen und Sonderschulen besondere Anforderungen zu stellen. Sie müssen sich in einem pädagogischen Grundberuf bewährt haben und anschliessend in einem heilpädagogischen Aufbaustudium die Fähigkeit erlangen, einen Unterricht unter erschwerten Bedingungen zu erteilen. Weil offenbar die entsprechenden Ausbildungsinstitute nicht in der Lage sind, entsprechende Studiengänge anzubieten, machen sie aus dem Mangel eine Tugend und erklären die Sonderklassen für unzeitgemäss, unethisch und diskriminierend.

Peter Schmid, Frauenfeld

Hochtrabende Worte eines Hochschulpädagogen-Trios. Wie soll denn ein Unterricht mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern in Regelklassen gelingen, wenn ihre Lehrkräfte sie «lediglich» mit ihrer positiven Haltung und ihrem professionellen Wissen unterstützen? Für schwierige Lernende sind das zu wenig griffige Hilfestellungen. Gefragt, ja dringend vonnöten sind neben guten Strukturen vor allem starke Lehrerinnen- und Lehrerpersönlichkeiten. In Klein- und Förderklassen bieten sie in einer geordneten, ruhigen Umgebung mit klarer Führung Gewähr für einen markant besseren Lernerfolg von verhaltensauffälligen sowie lernschwachen Kindern und Jugendlichen. Wenn aber die inklusive Ideologie des Autorentrios die Praxisnähe vernebelt und quer zu jeglicher pädagogischen Bodenhaftung steht, verstellt sie einer guten Entwicklung unserer Volksschule und damit dem Wohl aller nur den Weg.

Max Knöpfel, Pfäffikon

Schule in Dänikon-Hüttikon wird zwangsverwaltet

NZZ, 18. Januar 2025, Zürich und Region, Tobias Marti

Ein Streit auf dem Lande eskaliert derart, dass der Kanton am Ende nur noch eine Lösung sieht

Am Ende dieses Schulstreits geschieht etwas, das in der Schweiz Seltenheitswert hat. Die Obrigkeit spricht ein Machtwort und setzt die Autonomie einer Gemeinde aus. Der Zürcher Regierungsrat teilt am Freitag mit, dass er der Primarschulgemeinde Dänikon-Hüttikon ab sofort das Recht auf Selbstverwaltung entzieht. Die Primarschulpflege, die oberste Behörde in einer Schulgemeinde, zuständig für politische Planung sowie deren Führung, existiert damit in Dänikon-Hüttikon nicht mehr.

Ab sofort leitet ein vom Regierungsrat bestimmtes Organ die Geschicke der Schulgemeinde. Nur so sei in Dänikon-Hüttikon die «ordnungsgemässe Aufgabenerfüllung» noch zu gewährleisten, schreibt der Regierungsrat. Das Jobprofil für diese Aufgabe kann man in einem Wort zusammenfassen: Brandlöscher. «Ein aussergewöhnlicher Schritt», so nennt es Alexander Locher, der zuständige Jurist in der Kantonsverwaltung.



Was muss passiert sein, dass der Regierungsrat sich gezwungen sieht, eine Schulgemeinde zwangszuverwalten? Die Geschichte rund um eine Landschule zeigt, wie gross die Macht der Eltern mittlerweile geworden ist. Und sie zeigt, dass jedes Schulsystem seine Anhänger – und vor allem seine erklärten Gegner hat.

Der Streit in Dänikon-Hüttikon – zwei Gemeinden, eine Schulgemeinde und knapp 3000 Einwohner – zieht sich bereits über Jahre hin. Insider bezeichnen ihn «als Grabenkämpfe innerhalb der Gemeinde». Zwei Lager stehen sich gegenüber: einerseits eine Gruppe Eltern, die sich um das Forum Rotflue gruppieren und die von der örtlichen SVP unterstützt werden, andererseits eine Elternschar, die von diversen Behördenmitgliedern unterstützt wird.

Das Forum Rotflue stört sich schon länger daran, dass in der Gemeinde die Schulleitung und die Schulverwaltung zu stark über die Schule bestimmen. Die beiden Seiten beharken sich regelmässig.

Euphorie verfliegen

Zur endgültigen Erschütterung kommt es im Jahr 2022. Das Problem hat drei Buchstaben: AdL. Die Abkürzung steht für altersdurchmisches Lernen und meint ein Schulsystem, das schweizweit einen gewissen Boom erlebt. Die Idee des Konzepts: Durch die Öffnung der Klassenstruktur sollen die Schülerinnen und Schüler «miteinander, voneinander und nebeneinander lernen», wie es in einem Leitbild einer Stadtzürcher Schule heisst.

Auch Dänikon-Hüttikon setzt auf altersdurchmisches Lernen. In der Lehrerschaft soll diese Methode sehr beliebt gewesen sein. Manch eine Lehrerin, manch ein Lehrer habe sich eigens deshalb in der Schulgemeinde anstellen lassen.

Bis heute gibt es an der Pädagogischen Hochschule in der Stadt Zürich eine entsprechende Spezialisierung für Lehrer. Nur ist vielerorts die Euphorie über die Methode verfliegen. Viele Gemeinden, zum Beispiel Zumikon oder Thalwil, sind wieder zu herkömmlichen Jahrgangsklassen zurückgekehrt. Die Gründe für den Wechsel zurück zum alten Modell liegen meist bei organisatorischen Problemen, fehlenden Ressourcen und skeptischen Eltern.

Auch in Dänikon-Hüttikon spielen die Eltern eine entscheidende Rolle. Das Forum Rotflue stört sich an der AdL-Methode. Im Jahr 2022 gelingt der Gruppe der Coup. Bei den Erneuerungswahlen für die Schulpflege erringt sie einen Machtwechsel. Die neu besetzte Schulpflege lässt auch gleich Taten sprechen: Das altersdurchmischte Lernen soll zwar nicht gleich abgeschafft, aber zumindest umgekrempelt werden. Statt drei Jahrgänge pro Klasse will man nur noch zwei führen.

Nur: Der damalige Schulpräsident zieht nicht mit. Also straft das neue Gremium ihn ab und entzieht ihm die Leitung der Schulverwaltung. Der Präsident tritt im November 2022 zurück. Dafür sei er nicht gewählt worden, sagt der Schulpräsident dem «Zürcher Unterländer». Das Präsidentenamt habe damit nur noch repräsentative Aufgaben. Auch eine Schulpflegerin aus dem Fünfergremium wirft den Bettel hin.

Es sind Chaostage an der Schule. Bei einer kurzfristigen Versammlung, die schon tags darauf stattfindet, informiert die neue Schulpflege die Lehrer über die beschlossene Umstellung des Modells. Viele von ihnen sind wenig erfreut darüber und überlegen sich, zu kündigen.

Und eine andere Gruppe beginnt nun zu mobilisieren: die Eltern auf der Gegenseite. Viele wollen nicht akzeptieren, dass die neugewählte Schulpflege zur Tat schreitet. Eltern verteilen Flyer in Briefkästen und warnen vor einer bevorstehenden Kündigungswelle unter den Lehrern. Am Schulhaus werden Transparente gehisst: «Zusammen sind wir stark, für unsere Kinder und Lehrer. Haltet durch, wir stehen hinter euch!»

Der entscheidende Schlag der Eltern folgt an der Versammlung der Schulgemeinde im Dezember 2022. Sie findet in einer vollbesetzten Turnhalle statt und dauert bis Mitternacht: Das Volk lehnt das Schulbudget ab. Es ist ein Protest der Eltern gegen die neue Schulpflege. Als man Monate später nochmals abstimmt, wird das Budget abermals verweigert. Am Ende muss der Kanton das Budget für die Schulgemeinde festlegen.



Die Stimmung zwischen dem Gremium und Teilen der Lehrerschaft und der Bevölkerung ist auf dem Nullpunkt: Der «Zürcher Unterländer» schildert den Zusammenbruch eines Lehrers an der Gemeindeversammlung. Er sagt: «Ich war selber krank. Dass wir von der Schulpflege hingestellt wurden, als hätten wir «auf krank gemacht», ist unterste Schublade.» Die Szene zeigt, wie tief der Konflikt zwischen der Schulpflege und der Lehrerschaft geht.

Tatsächlich kommt es zum befürchteten Exodus der Lehrer. Mehr als die Hälfte kehrt nach den Sommerferien 2023 nicht mehr an die Schule zurück. Das ist umso gravierender, als im ganzen Land Lehrermangel herrscht. Die Schulen stellen deshalb auch Personen ohne Diplom ein, sogenannte Poldis.

Aus dem Lehrerkollegium sowie Elternkreisen in Dänikon-Hüttikon heisst es, die Lücken seien im Übermass mit Poldis gefüllt worden. Am Ende habe die Hälfte des Lehrkörpers aus Poldis bestanden. An der Schule bleibt es weiterhin unruhig. Zwei neue Co-Schulleiter verlassen die Schule 2024 noch in der Probezeit.

Schulpflege gibt Eltern Schuld

Dann kommt der grosse Knall. Ende 2024 tritt die Schulpflege geschlossen zurück. Das Rücktrittsschreiben hat es in sich: «Ein Teil der Eltern unserer Schulkinder torpediert seit längerem jegliche Tätigkeit der Milizbehörde», heisst es darin. Dies sei geschehen, «ohne dafür sachliche Begründungen ins Feld führen zu können».

Und das Gremium benennt im Schreiben offen seine Gegenspieler: den Elternverein Dänikon-Hüttikon. Dessen Agieren sei «nicht mehr erträglich und führt zu einer Gefährdung unserer Gesundheit». Das Gremium schreibt, man wolle mit dem kollektiven Rücktritt einen Neuanfang ermöglichen.

Oliver Wiederkehr ist Mitglied des kritisierten Elternvereins Dänikon-Hüttikon und ehemaliger Kandidat für die Schulpflege. Er sagt, die Umstellung des altersdurchmischten Lernens sei nicht das Problem gewesen. Sondern die autoritäre Art und Weise, mit der die Schulpflege geführt habe. Diese habe etwa die Lehrer nicht einbezogen und den Eltern erklärt, sie dürften sich nicht einmischen. Bei Gesprächen habe sich die Schulpflege Verschwiegenheitserklärungen ausbedingen wollen. Wiederkehr sagt: «Sie konnten nicht mit Kritik umgehen, sondern agierten voller Misstrauen. Jetzt müssen wir endlich aufeinander zugehen, so dass wir diese Schule stabilisieren können.» Die abgetretene Schulpflegepräsidentin Fabienne Schenkel war für die NZZ nicht erreichbar.

Nun wird ein Externer die Schulgemeinde als vorübergehender Leiter bis zur Wahl der neuen Schulpflege im Mai führen. Der Regierungsrat hat dafür Beat Vogt auserkoren – einen Primarschulpfleger aus dem Nachbardorf Buchs. Mit der Zwangsverwaltung setzt er den vorläufigen Schlusspunkt in einem wüsten Schulstreit im Kanton.